

FDP

liberal central



liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte
ausgabe november 2011

Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia Bandow,
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,
Philipp Ehmann, Armin Grabs,
Dr. Nikoline Hansen, Dr. Maren
Jasper-Winter, Katja v. Maur,
Peter Pawlowski, Henner Schmidt,
Dr. Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Hans-Jürgen Beerfeltz, Agnes
Ciuperca, Anne Schäfer-Junker,
Jimmy Schulz, Thomas Seerig

Leserbriefe

Werner Hassepass

FDP Berlin-Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen
geben die Meinung ihres Autors
wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central

ausgabe november 2011



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,
die Freiheit und Vielfalt der Presse und Meinung bedarf dieser Tage
unserer Unterstützung nicht nur gegen den subtilen Prozess der
unternehmerischen Konzentration großer Printmedien, oder gegen
die Unterwanderung des RBB und des MDR durch alte SED-Seil-
schaften, sondern insbesondere gegen das Bestreben islamischer
Extremisten, die Autorität ihres „Religionsrechtes“ der satirischen
Kritik durch Gewalt zu entziehen. Wir wissen, dass Aufklärung
nicht nur intellektuelle Wissensvermittlung ist – ebenso wichtig ist
die Kraft, die aus der Auflösung von Angst durch die Verweigerung
des Respekts gegenüber freiheitsfeindlichen Autoritäten erwächst.
Jene solidarische Courage für die Freiheit der Presse, welche Frank-
reich nach der Gewalt und den Gewaltdrohungen gegen *Charlie
Hebdo* vereint, die sollte uns allen Vorbild sein.

Nicht immer einer Meinung mit Frankreich sind wir beim steten
Ringeln um den richtigen Pfad aus der PIGS-Staatsschuldenkrise
in Europa. Die FDP hat viel gute Ordnung durchgesetzt, etwa die
Einführung von „Euro-Bonds“ und damit die dauerhafte Schulden-
union (die SPD und Grüne unterstützen) verhindert, das „Sixpack“
für mehr finanz- und wirtschaftspolitische Disziplin (welches SPD
und Grüne verhindern wollten) entscheidend vorangetrieben oder
verhindert, dass der provisorische Stabilisierungsfonds EFSF eine Li-
zenz zum Gelddrucken erhält. In den PIGS-Staaten sind mittlerweile
Ansätze zu seriöser Finanz- und Wirtschaftspolitik erkennbar. Be-
züglich der künftigen Finanzordnung Europas sind aber noch viele
Fragen und viele liberale Forderungen offen, nicht zuletzt eine
Konzentration und Beschränkung der Europäischen Zentralbank
auf ihre Aufgabe als Wächter der Geldwertstabilität. Vor diesem
Hintergrund führt die FDP einen Mitgliederentscheid bezüglich Ih-
rer Position zu einem dauerhaften Stabilisierungsfonds ESM durch:
Die Mitglieder werden eine kluge Entscheidung darüber treffen,
mit welchem Schritt wir bessere Resultate erreichen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Es gibt nur eine Zeit, in der es wesentlich ist
aufzuwachen. Diese Zeit ist jetzt.

Buddha

Zweimal „große Koalition“ – im Land und im Bezirk

von Maren Jasper-Winter

Auf Landes- und auch auf Bezirksebene haben sich CDU und SPD gefunden, um miteinander eine Koalition einzugehen. Die Vermutung liegt nahe, dass dieses Bündnis auf beiden Ebenen die „stressfreie“ Variante für beide Partner ist. Dies zeigt sich auch in den Koalitionsverhandlungen auf Landesebene: Erkaufte Kompromisse und eine Vertagung der heiklen, aber für Berlin wichtigen Fragen. Und es zeigt sich in diesen Verhandlungen schon jetzt: Die Stimme der Freiheit und der Bürgerrechte, der Wille echte Reformen anzugehen fehlen. Berlin muss ohne diese Werte, die einzig durch die FDP vertreten werden, die nächsten fünf Jahre auskommen.



Das zeigt sich an den jüngst beschlossenen Punkten zur Bildungspolitik, die zwischen CDU und SPD zunächst sehr umstritten waren. Zwar hat die CDU die Abschaffung des zwangsweise jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) bekommen, dafür aber auf die Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht verzichtet. Ethikunterricht bleibt somit weiterhin Pflichtfach. Auch bei den Schulformen gibt es einen „Deal“. Die SPD behält die Einheitsschulen, die CDU die Gymnasien. Es bleibt demnach beim status quo.

Die grundlegenden Fragen der Schulpolitik wurden leider nicht geklärt oder gar nicht erst diskutiert. Die nicht nur schulpolitisch, sondern auch finanzpolitisch wichtige Frage der Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern wurde ausgeklammert. Für Berlin ist eine weitere Verbeamtung nicht tragbar, da wir neben einem riesigen Schuldenberg auch noch enorme Lasten für die künftigen Pensionierungen unserer vielen Beamten vor uns her schieben.

Zudem sind wir Liberale davon überzeugt, dass eine Verbeamtung weder zeitgemäß noch notwendig für die Ausübung des Lehrerberufes ist. Vielmehr behindert das Beamtenrecht die dringend notwendige Flexibilität im Einsatz der Lehrer.

Manch ein Lehrer wäre besser mit einer Verwaltungs- oder Organisationstätigkeit an seiner Schule befasst, als mit pädagogischer Arbeit. Wichtig ist, dass die Arbeitsbedingungen stimmen und das Gehalt demjenigen eines Beamten entspricht. So können wir in Berlin auch mit denjenigen Bundesländern in Konkurrenz treten, die – wie Brandenburg – ihre Lehrer noch verbeamten.

Auf Bezirksebene kann man nur hoffen, dass die neue Schulstadträtin der SPD, Liv Assmann, die Situation in den Griff bekommt. Wie kann es sein, dass die Leitung des Schulamtes seit über acht Monaten nicht besetzt ist? Ein Grund hierfür sei, so die Verwaltung, dass kein geeigneter verbeamteter Kandidat zu finden sei. Es ist ein Skandal, dass augenscheinlich nur nach Personen, die Beamte sind, Ausschau gehalten wurde, nicht aber nach Angestellten. Dabei kommt es auf die fachlichen Qualifikationen und nicht den formalen Status der Person an. Und dass hier dringend Nachholbedarf besteht zeigt ein Beispiel aus dem Sommer: Ein Schulgebäude in der Auguststraße, das dringend für die Koppenplatzschule benötigt wurde, konnte nicht benutzt werden, da die Verwaltung vergessen hatte, die Brandschutzgenehmigung einzuholen.

Im Hinblick auf den Schutz freiheitlicher Rechte zeigen sich der Geist der CDU und die Beliebigkeit der SPD. Ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen oder in der BVG wird nicht dazu beitragen, dass weniger Alkohol konsumiert wird oder es zu weniger Ausschreitungen aufgrund von Alkoholmissbrauch kommen wird. Auch das diskutierte Verbot, Jugendlichen unter 18 Bier und Wein verkaufen zu dürfen, wird höchstwahrscheinlich nichts bringen. Mit Blick auf die USA kann man nur feststellen, dass junge Leute auf andere Art und Weise an Alkohol kommen werden. So ist es dort ein weit verbreiteter Sport, mit geliehenen oder gefälschten Schülerscheinen auf Parties zu gehen und Alkohol zu kaufen. Wahrscheinlich reizt das Verbotene noch mehr zum Exzess als das Erlaubte. Mit der FDP wären diese Aspekte berücksichtigt worden, denn wir meinen, dass Verbote nur dorthin gehören, wo sie etwas bringen und verhältnismäßig sind.

[Dr. Maren Jasper-Winter \(OV Oranienburger Tor\)](#) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

Das BMZ wird 50 Jahre - Eine Bühne für Diskurs

von Hans-Jürgen Beerfeltz

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) feiert am 14.11.2011 seinen 50. Geburtstag. Auf den Tag genau vor einem halben Jahrhundert wurde Walter Scheel zum ersten Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vereidigt.



Mit einem Festakt im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt vor rund 1.200 hochrangigen nationalen und internationalen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, zu denen der Bundespräsident, der Präsident der Inkatha Freedom Party Südafrika, Prince Mangosuthu Buthelezi, Auma Obama, die für Care International tätige Schwester von Barack Obama oder die Musiker Joy Denalane und Peter Maffay zählen, werden wir das Ereignis gebührend feiern.

In den letzten 50 Jahren hat sich die Entwicklungspolitik auf immer neue Themen und Herausforderungen eingestellt. Für eine noch stärkere Durchschlagskraft der deutschen Entwicklungskooperation kam es 2009 zu einer Zäsur. Die neue Leitung des BMZ, bestehend aus Dirk Niebel, Gudrun Kopp und mir, steht für Kooperation statt Konfrontation, sie steht für Werte und Interessen, sie macht Partner nicht abhängig sondern selbstständig, sie eröffnet Chancen und will Menschen ein Leben in Freiheit, Frieden und Eigenverantwortung ermöglichen. Wir stehen für:

Mehr Wirksamkeit

Mehr Sichtbarkeit

Mehr Zivilgesellschaft

Mehr Wirtschaft

Mehr Bildung

Mehr Menschenrechte

Eines der nächsten Ziele des BMZ in Deutschland lautet: Bis 2013 sollen sich zwei Millionen Menschen in Deutschland in der Entwicklungspolitik engagieren – doppelt so viele wie heute. Die Politik kann die großen Fragen der Zukunft nicht alleine lösen. Sie braucht die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Bürger, Unternehmen und die Zivilgesellschaft zu mehr Engagement ermuntern und aufrufen. Wir sehen das Bundesentwicklungsministerium als Plattform für neue Ideen aus der Mitte der Gesellschaft, die wir ausprobieren können. Keine Obrigkeitsverwaltung, sondern eine Bühne für Diskurs. Dies ist Ausdruck liberaler Grundhaltung, und für mich ein ganz persönliches Anliegen. Daher bitte ich auch Sie: Machen Sie mit!

Hans-Jürgen Beerfeltz (OV Hackescher Markt) ist Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Niebel's Wirken ist ein Musterbeispiel, wie man eine solche Behörde ohne Tränendrüsenrhetorik und Moralapostelstum, sondern mit Blick auf Effizienz und Ergebnisse führen kann. Größter Schritt dabei war die Neustrukturierung der staatlichen Entwicklungshilfe. Drei Dienste legte der Politiker zusammen, strich 700 Posten, verlegte rund 400 ins Ministerium und sparte immerhin 300 Stellen. Er lobt sich zu Recht, damit umgesetzt zu haben, was SPD-Vorgängerin Wiczeorek-Zeul in zwei Amtszeiten nicht gelang.

Neue Osnabrücker Zeitung

Unter dem Gespött des politischen Gegners und der Fachwelt übernahm Niebel vor zwei Jahren genau jenes Ministerium, das die FDP unter ihm als Generalsekretär noch abschaffen wollte. Heute genießt er mit die beste Reputation unter den FDP-Ministern im Kabinett Merkel.

Greenpeace-Magazin

Neue Schritte gehen: Liberale Netzpolitik

von Jimmy Schulz

Der Erfolg der Piratenpartei bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus hat nicht zuletzt in unserer Partei für einiges Erstaunen gesorgt. Wie kann es sein, dass eine Partei wie die FDP an der 5%-Hürde scheitert, während Polit-Amateure mit teils eher rudimentären Kenntnissen knapp 9% der Wähler für sich einnehmen können?



Oft war dann in den Tagen und Wochen nach der Wahl die Rede davon, dass es den Piraten gelungen sei, ihr Ergebnis „aus dem Stand“ zu holen. Von „aus dem Stand“ kann allerdings keine Rede sein. Vielmehr ist das Thema Netzpolitik, also die originäre *raison d'être* der Piratenpartei, von allen etablierten Parteien so lange und so weit vernachlässigt worden, dass sich die Unzufriedenen außerhalb dieser Strukturen zusammenfanden. Dass es sich hier nicht nur um ein paar Randfiguren mit obskuren Hobbies handeln konnte war abzusehen: Über 134,000 Zeichner der Petition gegen das Zugangerschwerungsgesetz sprechen eine ebenso deutliche Sprache wie das Mobilisierungspotential der jährlichen „Freiheit statt Angst“-Demonstrationen oder auch die zunehmende Professionalisierung der netzpolitischen Aktivisten. In diesem Sinne fanden die Piraten gerade ein Berlin einen fruchtbaren Boden vor. Es vergeht seit geraumer Zeit kaum eine Woche, in der nicht eine mehr oder weniger prominent besetzte Veranstaltung zu einem netzpolitischen Thema stattfindet. Es kann also angesichts dieser ungewöhnlich hohen Konzentration an Interessierten und Multiplikatoren durchaus – trotz momentan guter Umfragewerte – bezweifelt werden, ob sich das Berliner Ergebnis der Piratenpartei bei anderen Landtagswahlen oder auf Bundesebene auf diesem Niveau reproduzieren lässt.

Das bedeutet keinesfalls, dass es sich die FDP leisten kann das Feld Netzpolitik außer Acht zu lassen.

Netzpolitik ist keine Herausforderung, und schon gar keine Bedrohung. Sie ist eine Chance – für die gesamte Gesellschaft und gerade für uns Liberale. Wir können viele unserer Ziele wie bessere Bürgerbeteiligung und Transparenz oder Datenschutz und Bürgerrechte gerade durch die technischen Möglichkeiten des Internets noch besser vermitteln und umsetzen.

Was uns wie auch anderen Parteien aber fehlt ist eine Gremienstruktur um Interessenten von außerhalb wie innerhalb zu signalisieren, dass sie sich netzpolitisch in der FDP engagieren können und dass ihre Expertise auf fruchtbaren Boden fällt. Wir müssen auf allen Ebenen Interessenten an Ansprechpartner in der Partei verweisen können. Wir müssen in eigens befassten Fachausschüssen liberale Grundsätze der Netzpolitik entwickeln. Denn das ist es, was der Piratenpartei fehlt: Dort wird kein Programm verkauft, sondern ein Lebensgefühl.

Als Liberale können wir Netzpolitik auf ein philosophisches Fundament stellen. Einem bunten Strauß von kontextlosen Einzelforderungen stellen wir ein Gesamtkonzept gegenüber, das Netzpolitik als Sache der ganzen Gesellschaft begreift. Ein rein nutzerorientierter Ansatz wäre hier kurzsichtig und ließe die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmer im IT-Bereich außen vor. Hier können wir eine unserer Kernkompetenzen gegen die Piraten ins Feld führen. Lernen allerdings können wir auch – nicht bei Inhalten, aber im Bereich der Methoden. In Sachen innerparteilicher Transparenz haben wir Aufholbedarf. Anträge könnten kollaborativ über das Internet erarbeitet werden und so auf eine breite innerparteiliche Basis gestellt werden – und das völlig transparent. Wir testen derzeit ein solches System in der Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft, wo wir unter www.demokratie.de die Öffentlichkeit in einmaligem Ausmaß in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Ich lade Sie an dieser Stelle herzlich dazu ein, sich in die Debatte einzubringen.

Wir müssen darüber nachdenken wie wir Politik neu organisieren wollen und wie wir das Potential unserer Mitglieder besser ausschöpfen können. Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter der politischen Partizipation – lassen Sie uns gemeinsam Politik einen Schritt weiter denken!

Jimmy Schulz MdB (LV Bayern)

Zum Thema

Eine Politik des Nichtstuns können wir uns nicht leisten

von Agnes Ciuperca



Die einfachen Wahrheiten gibt es nicht. Dieser von Frank Schäffler in seinem Antrag zum Mitgliederentscheid erhobene Anspruch lässt die möglichen Folgen seiner Vorschläge völlig außer Acht. Schäffler beruft sich auf das Urprinzip der Marktwirtschaft: „Wer Risiken eingeht, der muss für sie haften!“ Doch was würde es bedeuten, wenn in der jetzigen Krise alleine die Marktkräfte regieren würden? Ein Lehrstück hat uns die Pleite von Lehmann Brothers geliefert, die zu einer der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrisen weltweit geführt hat. Hätte man damals die Schäfflersche Lesart zur Krisenbewältigung gewählt, hätte die Bundesregierung die deutschen Banken pleite gehen lassen. Unvorstellbar wo wir uns heute befinden würden. Stünden wir wirtschaftlich so solide da? Oder wären reihenweise Unternehmen in Deutschland in die Insolvenz gegangen? Wenn Banken ihre Türen schließen, dann sind nicht nur die privaten Guthaben der Bürger bedroht; dann können Unternehmen auf das für sie überlebenswichtige Kapital nicht mehr zugreifen. Realwirtschaftlich sind fehlende Investitionen die Folge; die Psychologie ihrerseits richtet einen unweit größeren Vertrauensschaden an.

Was bedeutet dies für Europa und seine Schuldenkrise? Wir müssen kurzfristig handeln und langfristig planen. Auf lange Sicht ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Puzzlestück, um die gemeinsame Währung vor unkontrollierbaren Risiken zu schützen. Neben dem ESM müssen Mechanismen und Regeln einsetzen, die zukünftig Verschuldung verhindern und Spar- und Restrukturierungsmaßnahmen erleichtern. Deshalb brauchen wir, wie im Antrag des Bundesvorstands gefordert, einen „Stabilitätspakt II“, automatische Sanktionen gegen Schuldensünder und „Schuldenbremsen“ in den nationalen Verfassungen. Für diese Anpassungen können wir in Europa nur kämpfen, wenn wir glaubhaft für den Euro eintreten. Die FDP steht in der Pflicht, Europa jetzt konstruktiv mitzugestalten – Nichtstun wäre in diesem Fall die denkbar schlechteste Lösung.

Agnes Ciuperca, Beisitzerin im Vorstand des BV Mitte und stellv. Vorsitzende des OV Hackescher Markt

Zum Thema

Wiedererrichtung der Schinkelschen Bauakademie

von Anne Schäfer-Junker



Die Stadtentwicklungspolitik des Berliner Senats unter Rot-Rot und auch in Teilen der Vorgänger-Regierung ist desaströs. Eine zukunftsweisende Vision zur historischen Mitte fehlt. Die Bauakademie neben der Friedrichswerderschen Kirche wird ausgespart aus allen politischen Teilentwicklungsplanungen. Als europaweit bedeutendes kulturelles Erbe sind originär die Schinkel-Bauten – Altes Museum, Neue Wache, Friedrichswerdersche Kirche, das wiedererrichtete Schauspielhaus am Gendarmenmarkt vorhanden. Was fehlt ist die Schinkelsche Bauakademie – der Schlussstein in der Kupfergrabenlandschaft, stadtgestalterisch vor dem zu errichtenden Humboldtforum auf der Spreeinsel und dem Alten Museum auf der Museumsinsel im UNESCO-Welterbe.

Als wichtigster Teil der Wiedererrichtung müsste ein Schinkel-Museum entstehen. Die dafür erforderlichen Kulturgüter sind in Berlin vorhanden. Die Bauakademie beherbergte bei ihrer Gründung die Wohnung von Karl Friedrich Schinkel und seiner Frau Susanne Schinkel und deren vier Kinder sowie ein Schinkel-Museum. Der Nachlass Karl Friedrich Schinkel liegt mit ca. 5.500 originalen Werken im Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz, das gegenwärtig mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung den Nachlass Schinkels umfassend aufarbeitet.

2011 gründete der Verein für die Schinkelsche Bauakademie e.V. die Errichtungstiftung Bauakademie. Jetzt liegt erstmals eine relevante Untersuchung von Studenten und Professoren der Beuth-Hochschule für eine reale Kostenschätzung vor, die ca. 48 Millionen Euro mit authentischer Terrakotta-Fassade ausweist.

Der FDP-Landesfachausschuss Kultur und Medien hat am 5.10.2011 den Beschluss gefasst, die Wiedererrichtung der Schinkelschen Bauakademie in der Historischen Mitte nachdrücklich zu fordern. Dazu wird er mit dem FDP-Landesfachausschuss Regionalentwicklung und Verkehr zusammenarbeiten.

Anne Schäfer-Junker (OV Tiergarten)

Aus dem Landesvorstand

Ist ein sofortiger Rücktritt verhältnismäßig?

von Tim Stuchtey



Der Bezirksausschuss Mitte hat den Landesvorstand aufgefordert, als Konsequenz aus dem Wahldebakel bei den Abgeordnetenhauswahlen zurückzutreten. Unglücklicherweise war bei dieser Sitzung keines der Landesvorstandsmitglieder aus Mitte anwesend. Jedes Vorstandsmitglied – und besonders eines aus dem Bezirksverband Mitte – muss sich nun aber fragen, ob er seinen Verbleib im Landesvorstand vor sich selbst und den Parteimitgliedern rechtfertigen kann. Ich will dies für mich selbst hier tun.

Zweifellos hat die Landespartei und sein Führungsgremium Fehler gemacht. Anders ist unser Ergebnis kaum zu erklären. Von daher ist die Forderung nach einer auch personellen Neuaufstellung sicher gerechtfertigt. In der gegenwärtigen Situation ist aber in meinen Augen der kurzfristige Gewinn eines solchen Schrittes abzuwägen gegen den Nutzen einer langfristigen Neuaufstellung, die sich ergibt, wenn wir uns hierfür ein paar Wochen mehr Zeit nehmen. Ein Rücktritt des Landesvorstandes hätte einen Parteitag noch in diesem Jahr mit entsprechenden Wahlen zur Folge, nur um dann die regulären Wahlen im März 2012 auf einem weiteren Parteitag vorzunehmen. Die personelle Neuausrichtung braucht aber Zeit, um die richtige Führungsperson und das dazugehörige Team zu identifizieren und zu überzeugen. Auch eventuelle Strukturänderungen sind zu diskutieren – brauchen wir z.B. einen Generalsekretär?

Ich komme für mich zu dem Schluss, dass ein Rücktritt vielleicht einigen eine gewisse Befriedigung gibt, aber für mich auch eine Flucht vor der Verantwortung darstellt. Besser ist es, sich jetzt Zeit für die personelle und strukturelle Neuaufstellung zu nehmen. Auch finanziell wäre ein zusätzlicher Parteitag nicht hilfreich und nimmt uns Ressourcen, die wir für den Wiederaufstieg besser gebrauchen können. Ich habe Verständnis, wenn man dies anders sieht, aber ich habe für mich entschieden, dass ein Verbleib im Landesvorstand bis Anfang März 2012 die verantwortliche Entscheidung ist. Ich würde mir wünschen, dass wir die Zwischenzeit nutzen, um an der Neuaufstellung unserer Partei zu arbeiten.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der FDP Berlin

Aus der Landespartei

Was tun? – Was tun!

von Thomas Seerig



Am 18. September wurde die Berliner FDP von der politischen Landkarte entfernt. Es gilt nun den organisierten Liberalismus lebendig zu halten und für eine schnelle Rückkehr auf die politische Bühne zu arbeiten. Persönliche und mediale Präsenz in der Stadt sind dabei die zentralen Punkte. Gerade weil wir nicht in BVVs und Abgeordnetenhaus vertreten sind, müssen wir als bessere Alternative bei den Bürgern präsent sein.

Dies bedeutet: Weniger interne Treffen und mehr Termine „draußen“ bei Vereinen, Verbänden und Initiativen. Wir brauchen eine liberale Graswurzelbewegung, denn auch wir Liberalen sind im Alltag vielfach vernetzt – als Arbeitnehmer, Vereinsmitglieder, Elternvertreter, Gemeindeältester oder Nachbarn. Dazu ist es aber wohl notwendig, zuerst unsere Mitglieder und deren persönlichen Hintergrund mit seinen Stärken besser kennenzulernen. Anschließend müssen wir Verbindungen und Know How nutzen, um Probleme in der Stadt zu erkennen und liberale Antworten zu kommunizieren.

Wir dürfen nicht länger unter uns in geschlossenen Kreisen tagen, sondern müssen in die reale Gesellschaft gehen und unsere Ideen vorstellen. Wenn z.B. der LFA Wirtschaft öffentlich mit der Gewerkschaft über Mindestlöhne oder mit streikenden Pflegekräften diskutiert, interessiert dies auch die Medien. Wir müssen konsequenter dort sein, wo die Menschen und ihre täglichen Probleme sind statt uns intern über die reine Lehre oder gar Strukturen zu streiten. Die Fachausschüsse Soziales und Migration werden künftig bei Trägern und Verbänden tagen, um unmittelbar an den aktuellen Themen und Akteuren des gesellschaftlichen Lebens zu sein und zudem die Liberalen als politischen Ansprechpartner bewusst zu halten.

Wir dürfen nicht länger unter uns in geschlossenen Kreisen tagen, sondern müssen in die reale Gesellschaft gehen und unsere Ideen vorstellen. Wenn z.B. der LFA Wirtschaft öffentlich mit der Gewerkschaft über Mindestlöhne oder mit streikenden Pflegekräften diskutiert, interessiert dies auch die Medien. Wir müssen konsequenter dort sein, wo die Menschen und ihre täglichen Probleme sind statt uns intern über die reine Lehre oder gar Strukturen zu streiten. Die Fachausschüsse Soziales und Migration werden künftig bei Trägern und Verbänden tagen, um unmittelbar an den aktuellen Themen und Akteuren des gesellschaftlichen Lebens zu sein und zudem die Liberalen als politischen Ansprechpartner bewusst zu halten.

Es gibt viel zu tun, damit wir Liberalen wieder zur wichtigen politischen Kraft in der Stadt werden. Fangen wir also an – Selbstbewusst, Kreativ und vor allem Jetzt!

Thomas Seerig ist Vorsitzender des OV Steglitz und der Landesfachausschüsse für Grundsatz- Und Perspektivfragen sowie für Soziales, Familie, Jugend, ferner Beisitzer im Landesvorstand der FDP Berlin

Keine Wärmestube

von Hartmut Bade

Unsere BVV wird künftig von der gleichen groß-koalitionären Mehrheit bestimmt werden wie das Land Berlin. Wenn die FDP schon nicht dabei ist, hätte es uns schlechter treffen können. Ich hörte schon das Wort „gleichgeschaltet“, weil der Eindruck entstand, die Zusammenarbeit im Bezirk sei von den Landesvorständen der SPD und der CDU oktroyiert worden. Tatsächlich hat die Landesvorgabe nur offene Türen aufgestoßen. Die CDU hätte ihre Großmutter verkauft, um endlich mehr Einfluss zu bekommen und ihren Stadtrat Carsten Spallek aufzuwerten. Und sie traf auf einen SPD-Bürgermeister, dem unter anderen Umständen die Abwahl drohte und der jetzt die Chance bekam, gleichzeitig die Strukturen in seinem Bezirksamt und die Machtverhältnisse in seiner Partei auf sich zuzuschneiden.

Mich persönlich beruhigt es, dass der Pragmatiker Christian Hanke nicht der Aufwärm-Karrieristin Andrea Fischer weichen musste. Das Bezirksamt ist keine Wärmestube für ehemals kalt gestellte Profipolitiker. Schon allein die Tatsache, dass eine ehemalige Bundesministerin, die in Charlottenburg wohnt, sich unseren Bezirk aus parteitaktischen Erwägungen ausgesucht hatte bzw. aus solchen für unseren Bezirk ausgesucht wurde, sprach gegen sie. Im Übrigen ist es auch kein Beleg für das Selbstwertgefühl der in Mitte aktiven Grünen, sich darauf einzulassen. Während der Wahlkampagne wirkte die Dame uninspiriert.

Zum Routinegeschäft: Wie die kommunalen Mühlen so malen, belegt ein kluger FDP-Antrag aus dem Juni 2009 „Sparen geht vor Schließen. Freie Raumkapazitäten an den Schulen, Bibliotheken und Rathäusern optimal nutzen“. Dazu teilt das Bezirksamt der BVV am 14.6.2011 mit, „dass dem Ersuchen der BVV zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entsprochen werden kann, weil die erforderlichen ressortübergreifenden Abstimmungen noch nicht abgeschlossen sind.“ Im September hat die BVV diesen Sachstand als „Schlussbericht“ zur Kenntnis genommen. Bravo! Ein andere köstliches Beispiel für meine These, dass sich außerhalb der BVV viel effektiver politisch arbeiten lässt als in den durchorganisierten Gremien: Am 15.02.2007 hat ein BVV-Mitglied beantragt, in der Galerie des Balkonsaals des Rathauses Tiergarten ein Portrait des Bundespräsidenten aufzuhängen. Seitdem stand das Thema elfmal (sic!) auf der Tagesordnung der BVV, jedesmal natürlich mit sehr förmlicher mehrseitiger Drucksache. Der Bundespräsident hat, glaube ich, inzwischen mindestens einmal gewechselt.

Ein Blick nach Afrika

von Katja v. Maur, Redakteurin des OV

Der Blick des OV Gendarmenmarkt richtet sich auch auf den afrikanischen Kontinent. Afrikaexperte Jörg Kleis gab am 8. November Einblick in den Entwicklungsstand und Perspektiven Subsahara-Afrikas. Ausgangspunkt sind bestehende Wachstumshindernisse wie fehlende „good governance“, die Folgen verfehlter Entwicklungspolitik – also Investitionen in den Machtapparat winziger Eliten statt in Bildung und Infrastruktur, was zu Abwanderung, Verbreitung von HIV und Unmündigkeit der Bevölkerung führt – sowie einseitige Rohstoffgewinnung und die Überschwemmung dieser Länder mit überschüssigen Gütern wie Hühnerrücken, Milchprodukten und Altkleidung aus Europa, so dass sich vor Ort kein Gewerbe entwickeln kann. Einige Staaten erreichen mittlerweile erfreuliche Wachstumsraten, weil sie sich subregionalen Wirtschaftsgemeinschaften anschließen, ihre Rohstoffvielfalt nutzen, die Gewinne in Bildung und Infrastruktur investieren und dadurch eine breite, gebildete und leistungsorientierte Mittelschicht entwickeln. Die deutsche Entwicklungspolitik ist auf dem richtigen Weg und investiert inzwischen in Schulen und knüpft Investitionen zunehmend an politische Bedingungen, vor allem an die Einhaltung der Menschenrechte.

Jetzt erst recht

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

Der Ortsvorstand hatte die große Freude, im November gleich zwei Neumitglieder aufnehmen zu können. Scheinbar hat das desaströse Wahlergebnis der AGH- und BVV-Wahlen bei einigen liberal fühlenden Menschen den jetzt-erst-recht-Effekt ausgelöst, der 1999 auch den Verfasser dazu bewegt hatte, seine Arbeitskraft in die FDP einzubringen. Weiterhin befasste sich der OV-Vorstand mit der Konzeption der diesjährigen Weihnachtsfeier, die auf den Termin der Mitgliederversammlung gelegt werden soll. Eine AG wird die Organisation übernehmen. Einigkeit herrscht im OV darüber, dass in der gegenwärtigen Lage der Partei landesweit verstärkt auf konstruktive Sacharbeit und Einvernehmlichkeit gesetzt werden sollte und für personelle Grabenkämpfe kein Raum ist, da alle verfügbaren Kräfte in die Bewältigung der APO-Situation investiert werden müssen.

OV Oranienburger Tor

Liberale Politik koordiniert

von Nils Augustin, Chefredakteur

Nach der Wahl Philipp Röslers zum FDP-Bundesvorsitzenden hat Stefan Kapferer die Koordination der FDP-Ministerien übernommen. Am 26. Oktober war er zu Gast beim OV Oranienburger Tor und stand in dem mit Mitgliedern des Ortsverbandes und diversen Gästen gut gefüllten Walter-Scheel-Saal des Thomas-Dehler-Hauses als Gesprächspartner zur Verfügung. Einer mit Durchblick und Professionalität überzeugenden Darstellung Kapferers, wie die Dinge funktionieren und wo man an ihrer Optimierung arbeitet, folgte sodann - moderiert vom Ortsverbandsvorsitzenden Ralf Breitgoff - eine leidenschaftliche Diskussion. Im Mittelpunkt des Publikumsinteresses standen neben der Position der FDP zur Finanzordnung in Europa insbesondere die Außenkommunikation der liberalen Regierungsarbeit sowie die Frage, ob die FDP sich strategisch „auf 60 Prozent oder auf 20 Prozent“ des Wählerspektrums konzentrieren sollte. Nach Abschluss des förmlichen Teiles standen viele Parteifreunde noch über Stunden beim angeregten Gespräch zusammen, während die Ortsverbandschatzmeisterin pflichtbewusst darauf achtete, dass der besorgte Wein auch konsumiert wurde.

OV Tiergarten

Menschenrechte in Südafrika

von Nikoline Hansen, Redakteurin des OV

Der sonntägliche Brunch des OV Tiergarten widmete sich auch im Oktober wieder einem außenpolitischen Thema: Diesmal ging es um die Menschenrechtssituation in Südafrika. Von ihrer Reise mit dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung unter dem Motto „Bildung beflügelt – Chancen für Townships in Südafrika“ berichtete Nikoline Hansen. Fazit: nicht nur die Schere zwischen arm und reich klafft in Südafrika erschreckend auseinander, auch die ethnischen Spannungen und gerade die Konkurrenzsituation gegenüber Migranten und Flüchtlingen aus den Nachbarländern lassen das Land zu einem Pulverfass werden. Trotz guter Voraussetzungen – an Gesetzen und Geld mangelt es nicht - ist die Situation für die meisten Bewohner im Alltag alles andere als rosig: Korruption ist an der Tagesordnung, das Geld für Bildung – der höchste Anteil am Gesamtbudget – kommt nicht da an, wo es gebraucht wird. Hohe Arbeitslosigkeit, AIDS, schlechte Arbeitsbedingungen für Landarbeiter:

Das sind die Kehrseiten der Medaille und die Bilder, die ein durchschnittlicher Tourist wohl nicht sieht, während er sein Dreigänge-Menü mit Champagner zu (aus europäischer Sicht) Spottpreisen an der „Waterfront“ in Kapstadt genießt. Der VSA unterstützt das Kayamandi-Projekt der Universität Stellenbosch; dreimal in der Woche leisten Tutoren an der Ikaya Primary School Bildungsarbeit und helfen Kindern für den Start in ein eigenverantwortliches Leben.

OV Wedding

Das Gespräch suchen

von Claudia Bandow, Redakteurin des OV

Am 07.11.2011 fand die offene Vorstandssitzung des OV-Wedding im Hotel-Restaurant Grenzfall in der Ackerstr. 156 statt. Im Vordergrund standen diesem Abend eine Diskussion zur Vorbereitung auf die nächste Wahl der BVV. Dazu möchte der Ortsverband das Gespräch mit freien Trägern, Verbänden und Vereinen suchen. Desweiteren möchte der Ortsverband die Basismitglieder motivieren und aktivieren, dazu soll ein vom Ortsverbandsvorsitzenden entwickelter Fragebogen helfen herauszufinden, was die Mitglieder besonders interessiert bzw. welche Informationen gewünscht sind.

JuLis Mitte

Mindestlohn?

von Armin Grabs, Vorsitzender

Der Bezirkstreff der JuLis Mitte stand diesmal direkt am ersten Tag des Monats an. Tagesaktuell beschäftigten wir uns ausführlich mit einem Antrag zur Einführung des Mindestlohnes. In der Diskussion wurde für den Mindestlohn die Lohngerechtigkeit bei Marktversagen angeführt. Dagegen sahen wir vor allem die Beschneidung der unternehmerischen Freiheit und die Gefahr des Jobverlustes sowie die Möglichkeit der Lösung des Marktversagens durch Lohnsubvention. Letztendlich entschieden sich die JuLis Mitte gegen den Antrag. In Vorbereitung auf die im nächsten Jahr anstehende Jahreshauptversammlung haben wir einen Vorschlag zum Erlass einer Satzung diskutiert und werden diesen entsprechend vorlegen. Zusammen mit dem Bezirksverband Wuhletal haben wir weiterhin einen Termin für unsere Weihnachtsfeier gefunden und gehen nun die Planung an. Schlussendlich diskutierten wir noch über die Zukunft der Berliner FDP und tauschten uns über Vor- und Nachteile von Bezirks- und Landeswahlversammlungen zur Kandidatenaufstellung aus.

Personalien

(kvm/au) Afrika, Kontinent im Süden (dem wir nach dem Stand der anthropologischen Forschung sozusagen parteiübergreifend allesamt entstammen), beschäftigt die Liberalen in Mitte nicht nur in Zusammenhang mit der Frage, ob man angesichts unverantwortlicher Staatsschulden in Griechenland und Italien demnächst „afrikanische Verhältnisse“ erleben kann. Regelmäßiger Besucher des entwicklungspolitisch so herausfordernden Kontinents mit seinen 53 Staaten ist der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung **Hans-Jürgen Beerfeltz** nebst persönlicher Referentin **Katharina Peter** (beide Hackescher Markt), welche sich dort Meriten nicht nur um die erfrischende Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik hin zu einem nützlichen, hilfreichen, effektiven und effizienten Instrument nach all den verflochtenen Jahren sozialdemokratischer Lähmung im Hause erworben haben und erwerben. Die Arbeit an ihrer jeweiligen Dissertation ist hingegen das Interesse hinter den bevorstehenden Afrikaaufenthalten von **Jörg Kleis** (Gendarmenmarkt) der den Kontinent selbst zum Gegenstand seiner akademischen Betrachtung macht, und **Alexander Grabert** (Hackescher Markt), welcher seine Studien zum Internationalen Strafrecht nun zeitweilig an der Universität Stellenbosch in Südafrika pflegen wird. Südafrika (und die Universität Stellenbosch) hat auch eine weitere Liberale aus unserem Kreise jüngst gesehen: **Nikoline Hansen** (Tiergarten) war mit dem Stipendiaten-Verband der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit dort.

(au) Die „taz“ hat nicht unbedingt den Ruf, sich der Hofberichterstattung für den organisierten Liberalismus schuldig zu machen, und um so mehr mag sich der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Vizepräsident der Europäischen Liberalen Partei ELDR und ehemalige Vorsitzende der Berliner Liberalen, **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf), über den jüngsten Artikel zu seiner Person und Arbeit freuen. Das Fazit des Textes liest sich so: „Alte Wegbegleiter und neue Beobachter sind sich einig: Der gebürtige Emsländer ist ein verbindlicher, aufmerksamer Gesprächspartner ohne Allüren. Einer, dem es um die Sache geht und nicht um sich.“

(au) Der Ehrenpräsident der Europäischen Liberalen Partei, **Willy De Clercq**, ist am 28.19.2011 verstorben. De Clercq war von 1981 bis 1985 und von 1990 bis 1995 Präsident der ELDR, er war langjähriger Vorsitzender der flämischen Liberalen und gehörte von 1985 bis 1989 der Europäischen Kommission und von 1989 bis 2007 dem Europäischen Parlament an.

(au) Bis vor einigen Wochen vertrat **Henner Schmidt** (Gendarmenmarkt) im Rahmen seiner Zuständigkeit auch die liberale Energiepolitik im Abgeordnetenhaus von Berlin, nach der Wahl setzt er seine Fachkompetenz wieder alleine privatwirtschaftlich ein – Freunde seines „Facebook“-Profils sehen jetzt nicht mehr Fotos des Plenarsaales sondern Gebäude eines großen Energieversorgers in Westdeutschland.

(bli) **Heinrich Kolb** MdB (Hessen), Gründungsinitiator und Bundesvorsitzender seit der ersten Stunde bei der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand (BLM), kandidierte nach zehnjähriger Amtszeit nicht mehr. Er schlug auf der in den Mittelstandstag vom 04./05. November in Stuttgart eingebetteten Bundesdelegiertenkonferenz den rührigen Thüringer BLM-Landesvorsitzenden **Thomas Kemmerich** MdL als Nachfolger vor, der darauf mit 96 % der Stimmen gewählt wurde. Bei seiner launigen Abschiedsrede erinnerte Kolb an die Vereinsgründung mit sieben Gründungsmitgliedern im Reichstag, von denen er die anwesende **Gabi Heise** (ehem. Gendarmenmarkt, heute Generalsekretärin FDP Baden-Württemberg) hervorhob, sowie an die sich damals anschließende Gründungsfeier, zu der rund 200 Interessenten gekommen waren, um sogleich der BLM beizutreten. Zu ihnen gehörte auch **Anno Blissenbach** (Hackescher Markt), der bei seiner Wiederwahl zum Bundesvorstand nunmehr zusammen mit **Matthias Still** (Hamburg) das zweitbeste Stimmenergebnis der Beisitzer erreichte, hinter **Daniela Schmitt** (Rheinland-Pfalz) und vor **Gerhard Drexler** (Bayern), **Jan Syré** (Brandenburg) und **Dorian Hartmuth** (Hessen). Zuvor hatten sich bei altbewährter Sitzungspräsidentschaft von **Detlev Fricke** (Charlottenburg-Wilmersdorf) als Stellvertretende Vorsitzende unter fünf Bewerbern **Claudia Bögel** MdB, (NRW), **Torsten Staffeldt** MdB (Bremen) sowie **Roman Link** (Baden-Württemberg) durchgesetzt. Erwartungsgemäß wurde die Schatzmeisterin **Nora Jordan-Weinberg** bei lediglich vier Gegenstimmen wiedergewählt. Die per Satzungsänderung beschlossene Vergrößerung des Vorstands um zwei Beisitzer machte einen getrennten Wahlgang erforderlich, in welchem der BLM-Geschäftsstellenleiter **Friedo Terfort** (Niedersachsen) wiedergewählt sowie **Hasso Kraus** (Baden-Württemberg) neu gewählt wurde. Beim Mittelstandstag unter seinem Motto „Chancen ergreifen“ stach insbesondere der Impulsvortrag des Präsidenten der Steinbeis Hochschule in Berlin, Prof. **Johann Löhn**, hervor, bei der Bundesdelegiertenkonferenz konnte sich Bundesminister **Dirk Niebel** über besonderen Applaus für die allgemein als exzellent empfundene Neuausrichtung seines Ministeriums sowie die sich daraus ergebenden Chancen für den Mittelstand freuen.

Leserbriefe

Werner Hassepass (OV Hackescher Markt)

Wie ich eben erfahren habe, hat sich die FDP im Bundestag dem Antrag der CDU angeschlossen, die Sitzungen des Sportausschusses nicht mehr öffentlich durchzuführen. Wenn solche Dinge passieren, die öffentliche Kontrolle unterbunden wird (widerspricht meines Wissens nicht dem Anliegen der FDP), dürfen wir uns nicht wundern, wenn Wähler der Politik den Rücken kehren oder sich den Piraten zuwenden.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Außerordentlicher Bundesparteitag der FDP am 12. und 13. November 2011 in Frankfurt am Main

Sie können den Parteitag live auf Phönix verfolgen, oder im Internet-Livestream unter www.fdp.de.

Am 12. und 13. November findet der außerordentliche Bundesparteitag der FDP in Frankfurt am Main statt. Die 662 Delegierten werden dort insbesondere über Perspektiven für Europa und den Euro beraten sowie die bildungspolitische Debatte des Rostocker Parteitags fortsetzen. Interessierte, die nicht in Frankfurt am Main persönlich teilnehmen, können den Verlauf des Parteitages auf www.fdp.de per Livestream, Twitter, Facebook und über regelmäßig aktualisierte News verfolgen. Abends wird zudem jeweils ein „Best of“ per Online-Video die wichtigsten Geschehnisse des Tages zusammenfassen.

Auch der Mitgliederentscheid zum Europäischen Stabilitätsmechanismus erhält einen besonderen Platz in der Live-Berichterstattung: Am Samstag, 12. November, findet im Anschluss an den ersten Beratungstag ab ca. 19:45 Uhr das „Euro-Duell live“ statt. Die Bundestagsabgeordneten Florian Toncar und Frank Schäffler stehen im Video-Live-Chat Rede und Antwort und diskutieren Pro und Contra zum ESM. Die Internet-Nutzer können sich dabei beteiligen: Ihre online gestellten Fragen werden direkt in die Diskussion einfließen.

Schlusswort

Das die Bürger bewegende Thema Mindestlohn geht auch die FDP etwas an

von Claudia Bandow



Das Thema „Mindestlohn“ begegnet uns ja nun täglich in den aktuellen Medien und beschäftigt die Menschen in unserem Land zu Recht. Leider kann man dieses Thema nicht politisch ungeregelt lassen, und es ist richtig und wichtig, dass es auch aus der FDP Initiativen zu intelligenten Lösungen für das Problem gibt.

Jeder müsste inzwischen begriffen haben, dass hier jeder macht was er will, und das geht eindeutig zu Lasten unserer Arbeitnehmer, die durch Zurückhaltung bei den Einkommen abhängig Beschäftigter, Euroeinführung und Inflation in den letzten Jahren genug Geld eingebüsst haben.

Denken wir doch auch mal an die andere Seite der Medaille, die da besagt, daß zuviele Bürger in unserem Land Hartz-IV Aufstocker sind und damit unnötig weiterhin die Sozialsysteme belasten. Arbeitgeber, die sich auch anständigere Löhne leisten könnten, die sollten nicht länger diese Möglichkeiten ausnutzen dürfen, um Ihre eigenen Gewinne weiter zu erhöhen.

Das darf keine Partei in diesem Land weiterhin zulassen und hier ist unbedingte Einigkeit gefragt. Die CDU versucht diesen Weg zu gehen, und der ist absolut richtig. Die FDP sollte hier nicht blockieren, sondern sich mit kreativen und sachgerechten Lösungsvorschlägen hervortun.

In ferner Zukunft werden die Sozialsysteme durch Lohndumping weiterhin stark belastet, da die Renten zu niedrig ausfallen werden und somit weiteres Ungemach auf diesen Staat zukommen wird.

Es wäre es schön, wenn die FDP mehr mit dem ehrbaren Kaufmann statt mit der Billig-Kette in Verbindung gebracht würde. Lasst uns in dieser Hinsicht alle neu denken, denn die FDP muss in Zukunft neue Wege finden, Ihren Platz in unserer Gesellschaft wieder zu verfestigen.

Claudia Bandow ist Redakteurin des OV Wedding bei LC

Termine

November 2011

- 12.11. – 13.11. Bundesverband: **Außerordentlicher Bundesparteitag** in Frankfurt am Main – Info und Livestream unter www.fdp.de
- 14.11. 18.30 h FNF: **Filmvorführung und Podiumsdiskussion** „Bundeskanzler Honecker - Was wissen Schüler heute noch über die Zeit des geteilten Deutschlands?“ – im Deutschen Historischen Museum, Zeughauskino Eingang Wasserseite (Am Zeughaus 1-3)
- 20.11. 10.30 h JuLis Berlin: **Landeskongress** – im großen Konferenzsaal des Thomas-Dehler-Hauses
- 21.11. – 23.11. JuLis Berlin: **Besucherfahrt ins Europäische Parlament** zu Alexandra Thein MEP – Info und Anmeldung anna.dietrich@julis-berlin.de
- 23.11. 19.00 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Duma-Wahlen in Russland, Perspektiven für Russland und Deutschland“ – im Tagespiegel Verlagshaus, Askanischer Platz 3
- 24.11. 19.00 h FNF: **Diskussionsveranstaltung** „Alles möglich, keine Grenzen? - Das Urheberrecht in der digitalen Welt“ – im BASE_camp, Unter den Linden 10
- 27.11. 12.30 h OV Tiergarten: **Gänsekeulenessen** – am Mühlenberg 2 in 14542 Werder – Anmeldung unter kurt.lehner@fdp-tiergarten.de
- 29.11. 19.30 h BV Mitte: **Diskussionsveranstaltung** zum FDP Mitgliederentscheid in Sachen ESM – mit Dr. Hermann Otto Solms MdB und Michael Böwingloh – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 29.11. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** – im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1), BVV-Saal

Dezember 2011

- 05.12. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Weihnachtsfeier** – Info www.fdp-hackescher-markt.de
- 06.12. 19.30 h Liberaler Mittelstand Berlin: **Jahreshauptversammlung** – in den Räumen von BERLINcommunications, Welthandelszentrum (Friedrichstr. 95)
- 06.12. 20.00 h JuLis Mitte: **Bezirkstreff** – im Café Re (Märkisches Ufer)
- 13.12. 19.30 h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** – im Hotel Marriott Courtyard
- 13.12. 19.30 h OV Tiergarten: **Offene Vorstandssitzung** im Restaurant „Dicker Engel“ (Birkenstr. 44)
- 14.12. 19.30 h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – Info www.fdp-mitte.de
- 15.12. 08.00 h LV Berlin: **Weihnachtsfrühstück** – mit Christoph Meyer, Lars Lindemann MdB, Holger Krestel MdB – in der Landesgeschäftsstelle (Dorotheenstr. 56)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de. Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.